

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Franz Maget

Abg. Ulrike Gote

Abg. Oliver Jörg

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Abg. Dr. Hans Jürgen Fahn

Abg. Dr. Thomas Goppel

Abg. Natascha Kohnen

Abg. Isabell Zacharias

Abg. Prof. Dr. Michael Piazzolo

Abg. Dr. Annette Bulfon

Staatsminister Dr. Wolfgang Heubisch

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Ich rufe Tagesordnungspunkt 3 auf:

**Gesetzentwurf der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
zur Änderung des Bayerischen Hochschulgesetzes (Drs. 16/4013)
- Zweite Lesung -**

Ich eröffne die Aussprache. Hierzu wurde eine Redezeit von zehn Minuten pro Fraktion vereinbart. Frau Kollegin Gote beginnt.

Ulrike Gote (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Herr Minister! Die Situation der Hochschulen ist zurzeit wegen der anhaltenden Unterfinanzierung - anhaltend heißt hier: seit vielen, vielen Jahren -, wegen der missglückten Bologna-Reform, wegen der extrem deutlich ausgeprägten sozialen Schieflage, die Sie noch durch die Einführung von Studiengebühren verschärft haben, wegen einer unvollständig umgesetzten und falsch verstandenen Autonomie, wegen des doppelten Abiturjahrgangs, der im nächsten Jahr vor den Toren - hoffentlich nicht vor den verschlossenen Toren - der Hochschulen steht, und wegen des drohenden Sparhaushalts alles andere als komfortabel.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein besonders feines Gespür für diese Problemlagen, vielleicht sogar das feinste Gespür dafür, haben die Studierenden selbst. Das haben uns die Bildungsproteste im vergangenen Jahr, im Jahr davor und auch jetzt wieder sowie die vielen Veranstaltungen, die im Zuge der Bildungsproteste auf der Straße, in den Hochschulen und in der Öffentlichkeit stattgefunden haben, gezeigt. Sie alle waren von einer hohen Kompetenz, von großer Disziplin, von hohem Engagement - unermüdlichem Engagement, muss man schon sagen, teilweise rund um die Uhr - und von konstruktiven Lösungsvorschlägen geprägt. Die Bildungsproteste haben gezeigt, dass die Studierenden einen hohen Einsatz zu leisten bereit sind, um unsere Hochschulen voranzubringen. Deshalb sollten wir die vielen Probleme, die die Hochschulen und die Studierenden,

aber auch alle anderen Mitglieder der Hochschulen haben, endlich angehen. Zugegeben, manches ist nicht schnell und einfach lösbar, aber einiges ließe sich schnell und leicht und sogar heute hier in diesem Hause tun. Was wir erreichen könnten, wäre eine Verbesserung der demokratischen Mitgestaltungsrechte für die Studierenden. Genau das haben wir in unserem Gesetzentwurf gefordert.

Herr Minister und Kolleginnen und Kollegen von CSU und FDP, warum ergreifen Sie nicht endlich diese Chance? Warum begreifen Sie nicht, welche Ressourcen brachliegen, wenn Sie die Kompetenz, die Motivation, die Energie, die Kritik und die guten Ideen der Studierenden nicht ernsthaft nutzen? Die Studierenden als größte Gruppe an der Hochschule haben ganz selbstverständlich das Recht, ihre Hochschule mitzugestalten. Diese Studierenden sollen und wollen Verantwortung an den Hochschulen übernehmen. Deshalb sage ich Ihnen, Herr Minister, und Ihnen, Kolleginnen und Kollegen: Nehmen Sie diese Studierenden doch in die Pflicht, indem Sie ihnen endlich die Rechte geben, die ihnen zustehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir haben diesen Vorschlag in unserem Gesetzentwurf gemacht. Es war ein Vorschlag, und wir hätten uns über Reaktionen gefreut, die Teile des Hauses durchaus gezeigt haben. Wir hätten uns auf konstruktive Kritik gefreut. Wir hätten uns auch auf Ihre Vorstellungen in dieser Frage gefreut. Sie hätten uns wenigstens sagen müssen, was Sie sich vorstellen; denn auch Sie sagen außerhalb dieses Hauses, dass Sie sich durchaus mehr Partizipation der Studierenden vorstellen können. In 14 von 16 Bundesländern funktioniert das offensichtlich ganz gut. Warum also sollten gerade Sie nicht in der Lage sein, ein geeignetes Modell für unser Land zu entwickeln? Aber Sie haben es nicht getan. Sie haben sich in den Diskussionen über unseren Gesetzentwurf nicht mit dem demokratischen Mitbestimmungsrecht der Studierenden in der Tiefe auseinandergesetzt. Sie haben immer wieder abgeblockt, zuletzt auch bei der Ministerbefragung, und zwar mit einem einzigen Argument, der sogenannten Zwangsmitgliedschaft, die Sie nicht wollen.

Ein paar Punkte dazu: Das, was wir fordern, ist nicht Zwang, sondern betrifft Rechte. Es sind Rechte, die die Studierenden haben. Wer sagt, es handle sich um eine Zwangsmitgliedschaft, der diffamiert die guten demokratischen Rechte der Studierenden. Diese Rechte sind auch mit Pflichten verbunden, und zwar so wie bei jeder Zugehörigkeit zu einer Gemeinschaft; übrigens auch der zu unserem Staat. Man kann auch die Staatsangehörigkeit nicht als Zwangsmitgliedschaft bezeichnen. Dies gilt für jede Mitgliedschaft, die man dadurch erwirbt, dass man einer Gemeinschaft angehört. Die Entscheidung, dieser Gemeinschaft anzugehören, treffen die Studierenden, indem sie studieren. Das als Zwangsmitgliedschaft zu diffamieren, halte ich für daneben.

Dann wird immer das Argument gebracht, die Zwangsmitgliedschaft sei mit einem Zwangsbeitrag verbunden. Dazu muss ich sagen: Dieser Zwangsbeitrag, der keiner ist, wird von dieser Gemeinschaft, vom Studierendenparlament, demokratisch festgesetzt. Jeder Student und jede Studentin kann in diesem Gremium mitbestimmen, ob es einen solchen Beitrag geben soll und wie hoch dieser sein soll. Hier von Zwang und Zwangsbeitrag zu sprechen, geht an der Sache vorbei.

Wir wären Ihnen aber in dieser Frage sogar entgegengekommen. Wir haben in den Beratungen gesagt: Wenn das der Stein des Anstoßes - vielleicht der letzte, der Sie zum Umdenken bringen kann - sein sollte, dann bieten wir Ihnen die Ausstiegsoption an. Darauf sind Sie übrigens gar nicht eingegangen. Sie haben keine eigenen Vorschläge gebracht und ich finde, Sie schaden unseren Hochschulen, wenn Sie sich weiterhin in dieser Frage so stur stellen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deshalb fordere ich Sie heute auf: Wenn Sie unserem Gesetzentwurf zustimmen können, dann geben Sie wenigstens den Hochschulen, die auf diesem Weg vorangehen wollen, die Möglichkeit, das über Öffnungsklauseln zu erreichen, also mehr Partizipation für die Studierenden.

Es gibt weitere Probleme im Zusammenhang mit dem Bologna-Prozess, für die wir als Gesetzgeber Verantwortung tragen. Bei der Analyse, was in den letzten Jahren seit der Bologna-Reform schiefgelaufen ist, besteht in diesem Hause weitgehend Einigkeit. Sogar bei den Lösungen besteht weitgehend Einigkeit. Vieles von dem, was an den Hochschulen bereits geändert worden ist oder in der Änderung begriffen ist, geht in die richtige Richtung. Wir haben gemeinsam Beschlüsse des Landtags gefasst und mehrere Berichte hierzu erhalten. Es zeigt sich, dass vieles in die richtige Richtung geht. Dass Sie das, Herr Minister, jetzt so schön mit Ihren Leitlinien als großen Wurf verkaufen - Vereinbarung mit allen Beteiligten; mit wem auch immer -, ist wunderbar. Das haben Sie gut gemacht, aber es ist nichts Neues. Es ist schon richtig, aber nichts Neues. Es ist auch ein bisschen aufgeplustert, weil in der Substanz nichts Neues enthalten ist.

Es bleibt dabei: Wenn Sie sich nur auf das beschränken, was in dem Bericht an Leitlinien enthalten ist, dann schieben Sie den Schwarzen Peter für alle Fehler, die im Rahmen der Bologna-Reform gemacht worden sind, den Hochschulen zu. Das kann nicht sein. Auch die Abgeordneten des Landtags tragen als Legislative Verantwortung dafür, etwas zu verbessern und der Reform den richtigen rechtlichen Rahmen zu geben.

Deshalb haben wir in unserem Gesetzentwurf gefordert, Änderungen bei der Regelstudienzeit, bei der Anerkennungspraxis von im Ausland oder an anderen Hochschulen erbrachten Leistungen und bei der Sichtweise des Masters als Regelabschluss mit dem Ziel, dabei keine Quotierung zuzulassen, im Gesetz festzuschreiben. Ich hätte mir gewünscht, dass wir im Ausschuss in einen konstruktiven Dialog oder einen Wettstreit um die besten Ideen für ein besseres Hochschulgesetz eingetreten wären. Ich meine, Sie können sich nicht der Verantwortung für die Hochschulen entziehen, indem Sie auf die Autonomie der Hochschulen verweisen, die bisher nur unvollständig, einseitig und häufig zulasten der Hochschulen verwirklicht ist. Ich nenne Ihnen ein Beispiel: Das betrifft vor allem die finanzielle Autonomie. Solange die Hochschulen nicht

die vollständige finanzielle Autonomie, das heißt zum Ersten genug Geld für die Erfüllung ihrer Aufgaben in Form einer Ausfinanzierung und einem Ende der Unterfinanzierung und zum Zweiten ein Globalbudget haben, kann man nicht sagen: Macht einfach und wir kontrollieren nur. Solange das nicht so ist, haben wir die Aufgabe, im Gesetz Konkretes zu ändern.

Wir haben Ihnen Vorschläge vorgelegt. Wenn Sie heute nicht zustimmen wollen, dann erwarten wir in nächster Zeit Ihre Vorschläge. Ich kann Ihnen aber auch versichern, wir werden Sie nicht in Ruhe lassen. Wir werden weitere gute Ideen nachschieben und hoffen dann auf Zustimmung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Wir setzen die Beratung mit Herrn Kollegen Jörg fort.

Oliver Jörg (CSU): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrter Herr Staatsminister, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Frau Kollegin Gote, Sie wollen den Masterabschluss als Regelabschluss. Auch nach Ihren Ausführungen ist mir immer noch nicht klar, welches Ziel Sie damit eigentlich verfolgen. Wollen Sie das vollständige Konterkarieren des Bologna-Prozesses, wollen Sie den Ausstieg Bayerns aus dem Bologna-Prozess? Wollen Sie die internationale Isolierung Bayerns?

Der berufsqualifizierende Bachelor ist Kern des Bachelor-Systems in ganz Europa und in Deutschland. Mit Ihrer undurchdachten Forderung haben Sie die Studierenden und auch die bayerische Wirtschaft, vorsichtig formuliert, stark irritiert. Ihre Behauptung, der Bachelor-Abschluss sei kein berufsbefähigender Abschluss und die Absolventen hätten keine Chancen auf dem Arbeitsmarkt, ist schlichtweg falsch. Nach einer Untersuchung des Zentrums für Hochschulforschung der Uni Kassel haben sich drei von fünf Bachelor-Studenten bewusst für die Berufstätigkeit entschieden. Die Arbeitslosigkeit von Bachelor-Absolventen ist mit 3 % ebenso niedrig wie bei anderen Abschlussgruppen. Schon durchschnittlich drei Monate nach ihrem Abschluss finden Bachelor-

Absolventen eine Stelle. Mit Ihrer Forderung entwerten und diskreditieren Sie den Bachelor-Abschluss und unsere erfolgreichen Bachelor-Absolventen.

Eine unbürokratische und transparente Anerkennung von Studienleistungen ist in der Tat grundlegend für die Mobilität der Studierenden. Das hat die CSU-Fraktion im Rahmen des Bologna-Prozesses häufig betont und unterstrichen. Eine Umfrage des DAAD aus dem Herbst 2009 zeigt hierzu eine erfreuliche Entwicklung. Der Anteil der vollständigen Anerkennung aller im Ausland erbrachten Leistungen in den neuen Studiengängen liegt bei 63 %, in den traditionellen Studienfächern und Studiengängen sind es nur 46 %.

Werte Frau Kollegin Gote, wenn ich Sie richtig verstanden habe, behaupten Sie, es käme bei der Anerkennung von Studienleistungen nur auf die abstrakten Studieninhalte an und nicht auf die faktisch erworbenen Kenntnisse unserer Studierenden. Das ist natürlich Quatsch. Denn es kommt bereits heute schon auf die tatsächlich erworbenen Kenntnisse an. Dies hat die Kultusministerkonferenz unlängst nochmals klargestellt.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, erlauben Sie mir den Hinweis, dass Ihre Forderung hinsichtlich einer stärkeren Flexibilität den aktuellen Entwicklungen bereits hinterherhinkt. Viele Hochschulen haben sich die Anregungen aus dem Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion vom 26. November 2009 bereits zu Herzen genommen. So hat beispielsweise die Ludwig-Maximilians-Universität ihre Prüfungsdichte im Bachelor-Studium deutlich gesenkt. Pro Modul wird nur noch eine Prüfung verlangt. Zudem werden viele Leistungsnachweise nicht mehr benotet.

Die bayerischen Hochschulen für angewandte Wissenschaften, die Fachhochschulen, haben die Regeln abgeschafft, denen zufolge Studierende, welche die maximale Studiendauer überschreiten, automatisch exmatrikuliert werden. Damit die ersten Semester verstärkt der Orientierung dienen können, sollen die einzelnen Prüfungsnoten nicht von Beginn an voll zur Endnote zählen.

Kolleginnen und Kollegen, in ganz Deutschland und in fast allen der 46 Bologna-Teilnehmerstaaten beträgt bei den konsekutiven Bachelor- und Masterabschlüssen die Höchstdauer der Regelstudienzeit fünf Jahre. Daran können und sollten wir nichts ändern; denn unsere Absolventen sollen international erfolgreich sein. Ich will nicht, dass der Hochschulstandort Bayern in einem Atemzug mit den sechs ausscherenden Teilnehmerstaaten genannt wird, zum Beispiel Georgien oder Armenien.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, Zwangsmitgliedschaft in und Zwangsabgabe an eine Verfasste Studierendenschaft - entspricht das wirklich Ihrem Bild von einem freien, eigenverantwortlichen, selbstbestimmten Studierenden? Das Leitbild der CSU sieht anders aus.

(Isabell Zacharias (SPD): Ja, das wissen wir!)

Wir haben ein Problem mit der Legitimität eines AStA, der aus Hochschulwahlen mit niedriger Wahlbeteiligung hervorgeht, gleichzeitig aber über Einnahmen von mehreren Hunderttausend Euro im Semester aus Zwangsbeiträgen verfügt. Die Wahlbeteiligung bei Hochschulwahlen liegt - das ist bekannt - oft nur bei zehn bis zwanzig Prozent. Den Negativrekord hält die Universität Duisburg-Essen mit nur 6,6 % Wahlbeteiligung. Frau Kollegin Gote, Sie reden dann davon, dass die Zwangsabgaben demokratisch legitimiert wären. Bei 6,6 % Wahlbeteiligung darf man dahinter ein kräftiges Fragezeichen machen und sich überlegen, ob wir das so sehen dürfen.

Diese niedrigen Wahlbeteiligungen spiegeln doch mangelndes Vertrauen in die ASten wieder und führen auch zu verzerrten Mehrheitsverhältnissen.

(Zuruf von den GRÜNEN: Wo lebt ihr eigentlich?)

Nach Recherchen von "ZEIT CAMPUS" addieren sich die größten Verschwendungen, die in den letzten Jahren an fünf deutschen Hochschulen mit Verfassten Studierendenschaften zu beklagen waren, auf 1,2 Millionen Euro.

Kolleginnen und Kollegen, die starke Fluktuation in den Allgemeinen Studierenden-ausschüssen erschwert zumindest - da werden wir uns einig sein - einen professionellen Umgang mit den Beiträgen. Ich nenne nur ganz wenige Beispiele. An einem einzigen Abend verlor der AStA Bochum 230.000 Euro, weil er zu teure Bands für eine Party engagiert hatte. Der AStA der Universität Duisburg-Essen betrieb mehrere Jahre ein Kulturcafé, Gesamtverlust: 450.000 Euro. Der AStA Frankfurt verlor mit einer Autovermietung 100.000 Euro.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die Gründe dafür, eine Verfasste Studierendenschaft mit Fragezeichen zu versehen, sind mannigfaltig. Uns werden Sie nicht dafür gewinnen, Ihnen in diesem Punkt zuzustimmen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, heute gehören dem Senat fünf Vertreter der Hochschullehrer und vier weitere Vertreter an. Einer davon ist ein Studierender. Verehrte Kolleginnen und Kollegen aus der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, Sie wissen doch, dass die Hochschullehrer aus verfassungsrechtlichen Gründen die Mehrheit bilden müssen. Ihre Forderung, drei Studierende in den Senat aufzunehmen, würde dazu führen, dass die Hochschullehrer mit 5 : 6 in der Minderheit wären. Was Sie hier fordern, ist wegen des Grundsatzes der Freiheit von Wissenschaft, Forschung und Lehre verfassungswidrig. Sie könnten sich dadurch behelfen, dass Sie das Gremium erweitern und mehr Professoren dazunehmen. Wo aber würde der Sinn stecken, wenn Sie ein Gremium immer nur weiter aufblähen würden? - Das wollen wir nicht.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, es bleibt natürlich unsere gemeinsame Aufgabe zu überlegen, wie die Mitwirkungsrechte der Studierenden neben den bereits bestehenden Mitwirkungsrechten weiter gestärkt werden können. Wie Sie wissen, gibt es dazu eine wichtige Arbeitsgruppe unseres Wissenschaftsministers. Wir begrüßen ausdrücklich dieses Gremium. Heute ist doch offensichtlich geworden, dass die GRÜNEN die dort zu erarbeitenden Ergebnisse nicht abwarten und hier ihre eigene Suppe ko-

chen wollen. Das verdient nicht unsere Unterstützung. - Ich danke herzlich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und der FDP)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege Jörg. Bitte bleiben Sie noch am Pult. Frau Kollegin Gote hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Bitte schön, Frau Kollegin Gote.

Ulrike Gote (GRÜNE): Das ist leider nur eine Zwischenbemerkung; dabei könnte man zu diesem Thema so viel sagen.

Zu Ihrer letzten Aussage: Warum sollten wir auf die Ergebnisse einer Arbeitsgruppe warten, in die wir Parlamentarierinnen und Parlamentarier überhaupt nicht einbezogen sind? - Das erschließt sich mir nicht.

Ihr Argument zur Wahlbeteiligung ist gefährlich, wenn ich mir anschau, wie sich die Wahlbeteiligung bei unseren Wahlen entwickelt. Daran beteiligt sich auch nur noch die Hälfte der Leute. Wenn ich mir dann noch ansehe, wie viel Geld die CSU in den letzten Jahren in den Sand gesetzt hat, dann wird Ihr Argument ein sehr gefährliches. Auf dem Niveau sollten wir hier besser nicht diskutieren; da sitzen Sie im Glashaus.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Im Übrigen möchte ich noch zur Wahlbeteiligung sagen: In Passau betrug sie jetzt über 20 %. Viele Studierende konnten nicht wählen, weil es nicht genug Wahlkabinen gab und die Öffnungszeiten der Wahllokale viel zu kurz waren, als dass Tausende von Studierenden dort hätten wählen können. Diese Probleme haben andere Hochschulen auch. Sie sollten sich das einmal vor Ort ansehen.

Ihre Argumente zu meinen Aussagen zum Bachelor-Abschluss muss ich wirklich dementieren. Da haben Sie mich völlig falsch wiedergegeben. Ich habe im Ausschuss ausdrücklich mehrfach gesagt, dass ich den Bachelor-Abschluss sehr wohl für einen

berufsbefähigenden Abschluss halte, zumindest davon ausgehe, dass er einer sein kann, dass ich aber jeden Anschein vermeiden möchte, dass damit die Universitätsausbildung oder die Hochschulbildung abgeschlossen wäre. Ich habe gesagt, wir müssen alles tun, um deutlich zu machen, dass auch der Master-Abschluss ein Regelabschluss ist, und wir müssen alles tun, um Quotierungen, Engpässe und Kapazitätsprobleme beim Master-Studium zu vermeiden. Die Klarstellung stellt darauf ab, dass der Master-Abschluss ein Regelabschluss ist. Wir haben im Ausschuss lange darüber diskutiert, ob wir sagen sollen, dass beides, Bachelor und Master, Regelabschlüsse sind. Der Begriff des Regelabschlusses ist nicht fest definiert. So wie es im Hochschulgesetz formuliert ist und wie Sie soeben gesagt haben, sieht es so aus, als ob es für Sie mit dem Bachelor erst einmal gut ist und nur für einige wenige der Master-Abschluss kommt. Genau diesem Anschein wollten wir uns entgegenstellen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin Gote. Herr Kollege, nur zur Information: Als Nächster hat sich Herr Kollege Dr. Fahn für eine Zwischenbemerkung gemeldet. Jetzt haben Sie zunächst das Wort zur Antwort auf die Zwischenbemerkung von Frau Kollegin Gote. Bitte schön.

Oliver Jörg (CSU): Ich hätte gedacht, jetzt kämen vielleicht ein paar Argumente, bei denen man ins Überlegen oder ins Grübeln kommt. Das war aber nicht der Fall. Ich bin ziemlich verwundert, weshalb Sie gerade Passau als Beispiel gewählt haben, wo es keine Verfasste Studierendenschaft gibt. Das will mir nicht einleuchten.

(Zuruf der Abgeordneten Ulrike Gote (GRÜNE))

Ich halte es für ein wenig problematisch, Wahlbeteiligungen von sechs Prozent mit einer Wahlbeteiligung von zwanzig Prozent gleichzusetzen. Ich habe das honoriert und ausgeführt, dass es in der Regel bis zu zwanzig Prozent sind. Ich weiß sogar von Wahlbeteiligungen bis zu dreißig Prozent; das ist aber die absolute Ausnahme, das wissen Sie ganz genau. Durchschnittlich liegt sie bei etwa fünfzehn Prozent. Es ist

auch nicht fair, das so darzustellen. Es ist auch ein Riesenunterschied zwischen einer Wahlbeteiligung von fünfzig bis sechzig Prozent und einer Wahlbeteiligung von gerade einmal einem Zehntel davon. Das können Sie hier auch nicht schönreden. - Schade, weitere Argumente sind nicht gekommen.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege Jörg. Jetzt hat Herr Kollege Dr. Fahn das Wort, bitte schön.

Dr. Hans Jürgen Fahn (FW): Herr Jörg, ich habe eine Verständnisfrage. In vierzehn von sechzehn Bundesländern gibt es eine Verfasste Studierendenschaft. Können Sie mir erklären, warum die Bundesländer diese nicht abgeschafft haben, wenn sie wirklich so negativ wäre, wie Sie es jetzt dargestellt haben? Unter diesen vierzehn Bundesländern befinden sich viele CDU-regierte Bundesländer, die offensichtlich damit zumindest keine schlechte Erfahrung gemacht haben. Warum gibt es also in vierzehn von sechzehn Bundesländern eine Verfasste Studierendenschaft? Sie nennen immer das Beispiel Nordrhein-Westfalen. Dort gab es bis vor Kurzem eine CDU/FDP-Regierung.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön. Herr Kollege Jörg, Sie haben das Wort.

Oliver Jörg (CSU): Das liegt schlicht und einfach an der Länderhoheit. Wir haben beschlossen, dass wir das nicht wollen. Ich behaupte auch nicht, dass alle Ideen, die in einer Verfassten Studierendenschaft geboren werden, und alle Aktivitäten für Studierende schlecht sind. Darunter ist sicherlich viel Gutes. Ich finde es spannend, darüber nachzudenken und Überlegungen einzubringen, gerade im Hinblick auf die Arbeitsgruppe, die im Wissenschaftsministerium existiert.

Aus vielen Diskussionen der Basis und aus Gesprächen mit CSU-Mitgliedern und Studierenden im RCDS in Bayern weiß ich, dass das nicht gewollt ist, und auch ich will die Pflichtmitgliedschaft nicht, weil Pflichtbeiträge abgegeben werden müssen an ein Gremium, das die Mittel verteilt, das aber wegen der mangelnden Wahlbeteiligung

nicht wirklich demokratisch legitimiert ist. Nicht einmal der Katalog der Leistungen ist klar. In einem Semester wird beschlossen, dass schwerpunktmäßig die Party gemacht wird,

(Zuruf der Abgeordneten Ulrike Gote (GRÜNE))

dann eine Informationsbroschüre, die allen dient - das ist dann wieder super. Als Studierender hat man keine weitere Einflussmöglichkeit, außer auf die nächste Wahl zu warten. Ich frage mich deshalb, ob die Verfasste Studierendenschaft notwendig ist. Die Studierenden haben viele Möglichkeiten, sich einzubringen. Das können auch die bestehenden Gremien sein. Ich kann Ihnen sechs oder sieben nennen, bei denen die Studierenden einbezogen sind.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege Jörg, das Thema scheint weitere Zwischenbemerkungen zu provozieren. Als nächster Redner hat Kollege Dr. Goppel das Wort. Danach folgt Frau Kollegin Kohlen. Bitte schön, Herr Kollege Dr. Goppel.

Dr. Thomas Goppel (CSU): Herr Kollege Jörg, wir haben in den letzten Jahren Bilanzen und lange Auflistungen zur Kenntnis genommen, wonach in den Ländern, in denen es die Verfasste Studierendenschaft gibt, daraus keinerlei Gewinn für die Qualität des Studiums gezogen werden kann.

Entscheidend an einem Hochschulstandort ist, dass eine zusätzliche demokratische Schiene, für die ich ebenso Verständnis habe wie für den Antrag, dazu führen müsste, dass die Qualität im allgemeinen Zusammenleben der Hochschulen besser ist als an den Hochschulen des Südens. Sie müssen von zwei Ländern bei sechzehn Ländern insgesamt ausgehen. Die beiden Südländer fahren die besten Ergebnisse bezüglich Wissenschaft und Forschung ein. Damit behaupte ich nicht, dass im Zusammenhang mit der Verfassten Studierendenschaft feststünde, dass die anderen schlechter sind. Sie sind aber auf keinen Fall besser. Deswegen frage ich Sie noch einmal: Glauben Sie, dass Sie mit der Ablehnung der Verfassten Studierendenschaft die Verbesserung

der Verhältnisse an den Hochschulen verhindern? - Das ist die Behauptung der Kollegin.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege Jörg, Sie haben das Wort.

Oliver Jörg (CSU): Sehr geehrter Herr Kollege Staatsminister a. D. Dr. Goppel! Könnte man Zusammenhänge in der Art darstellen, dass die bereichernde Arbeit eines AStA die Qualität der Forschung und Lehre derart signifikant steigert, dass wir in Bayern neidvoll auf diese Bundesländer blicken müssen, würden sogar wir in der CSU umdenken.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Als nächste Rednerin hat Frau Kollegin Kohnen das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Natascha Kohnen (SPD): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Erstens. Ich finde es spannend, Herr Goppel, woran Sie Demokratie festmachen. Meinem Verständnis entspricht es nicht, dass sich Demokratie in Party-Veranstaltungen ausdrücken würde.

Zweitens. Herr Goppel, Sie sagten, dass man dort, wo die Verfasste Studierendenschaft eingeführt ist, keinen Gewinn habe. Ist denn Demokratie dazu da, Gewinn zu machen? Wie ist denn Ihr Verständnis von Demokratie? - In Zeiten, in denen man Demokratiedistanz und daraus resultierenden Demokratieverdruss hat, ist es sträflich zu sagen, man wolle ein Instrument der Demokratie nicht zulassen, weil die schlechte Wahlbeteiligung dies nicht legitimiere. Vielmehr müssten Sie dafür kämpfen, dass die Verfasste Studierendenschaft Akzeptanz findet. Man sollte das Pferd nicht von hinten aufzäumen, indem man sagt, da die Wahlbeteiligung zu niedrig sei, brauche man ein Instrument der Demokratie nicht. Das ist sehr fragwürdig.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege Jörg, Sie haben das Wort.

Oliver Jörg (CSU): Demokratievorlesungen vertiefen wir hier nicht, liebe Kolleginnen und Kollegen,

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN: Das ist aber schade!)

auch wenn Sie das sehr charmant angesprochen haben.

Warum definieren Sie nicht zuerst, was die Kompetenzfelder eines bayerischen AStAs sein sollen? Warum reden Sie nicht darüber? Warum lassen Sie das alles offen? Warum beginnen Sie nicht damit, das Thema von Grund auf zu diskutieren, und setzen nur die fette, breite Überschrift "Verfasste Studierendenschaft" darüber? - Weil Sie wissen, dass wir uns damit nicht einverstanden erklären. Wenn Sie die Demokratie stärken wollen, müssen Sie zunächst über die Rechte reden, die Sie diesem Organ beimessen wollen. Das unterlassen Sie sträflich.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Es gibt keine weiteren Wortmeldungen mehr. Herr Kollege Jörg, ich darf mich sehr herzlich bei Ihnen bedanken. Als nächste Rednerin hat Frau Kollegin Zacharias das Wort. Bitte schön.

Isabell Zacharias (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Meine Güte, meine Kollegen aus dem Hochschulausschuss, Herr Jörg und Herr Dr. Goppel, wie dürftig Ihre Argumente zu Fragen der Demokratie sind, lässt mich sprachlos hier stehen. Ich stehe hier sprachlos.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN - Zuruf des Abgeordneten Dr. Thomas Goppel (CSU))

- Ich finde meine Sprache schnell wieder. Das kennen Sie alle von mir.

2008 haben wir Proteste gesehen. Eltern, Schülerinnen, Schüler und Studierende sind auf die Straße gegangen und haben für ihre Rechte gekämpft. 2009 war es die gleiche Gruppe mit wenigen Professoren und Wissenschaftlern aus dem Mittelbau. Sie alle sind noch einmal auf die Straße gegangen, haben in der Universität übernachtet und

einige von uns haben mitdiskutiert, mitgestritten und mitgelitten. 2010 gab es dasselbe Bild wieder. Es wird demonstriert, debattiert und gestritten, und zwar konstruktiv, friedlich, ganz wunderbar.

Die SPD hat mit ihren guten Anträgen und mit ihren Stimmen den wenigen Herren und noch weniger Damen auf der rechten Seite im Dezember 2009 gesagt, dass der Bologna-Prozess Korrekturen braucht. Wir haben das mehrheitlich beschlossen. Herr Dr. Goppel, ich weiß, dass Sie dagegen gestimmt haben. Ich dachte, Wissenschaftsminister Heubisch hat die Kraft und setzt den Beschluss um, indem er Gruppen gründet und mit den Studierenden redet, weil diese wissen, wie eine Verfasste Studierendenschaft aussehen muss. Herr Jörg, bitte hören Sie mir zu, denn ich komme zu Ihrer Frage, wie eine Verfasste Studierendenschaft und die echte Partizipation und Mitsprache aussehen sollen. Ich meine, das muss den Studierenden überlassen bleiben. Das machen nicht wir.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Das machen nicht Sie - Sie auf keinen Fall - und nicht wir. Das machen die, die wissen, was sie können. Das machen die, die wissen, wie Mitsprache funktioniert. Und das machen die, die wissen, wie es in den anderen Bundesländern funktioniert.

Herr Heubisch, nach dem Dringlichkeitsantrag 2009 haben Sie mir zugerufen, dass das gemacht werde. Danach kam die Gruppe der Studierenden. Frau Gote und ich waren voller Frühlingsgefühle, und jetzt zum Sommeranfang ist Winter in meinem Herzen in Bezug auf die Hochschulperspektiven. Das liegt nicht daran, dass das Wetter nicht so ist, wie ich mir das wünschte. Nein, Herr Heubisch, Sie haben die Chance vertan, mit einer Gruppe hoch motivierter Studierender, mit hoch motivierten jungen Leuten, die wissen, was Demokratie ist und wo es mit der Hochschule hingehet, wo man justieren kann, schrauben und verändern kann, Konkretes zu tun. Stattdessen machen Sie eine Leitlinie "light¹⁰", ein Wischiwaschi-Ding, und verkaufen das als großartiges Papier. Herr Heubisch, ich bin enttäuscht.

Die größte Herausforderung ist Bologna; dazu sollten wir uns nichts vormachen. 1999 ist der Bologna-Prozess auf die Schiene gesetzt worden. Bologna ist eine tolle Idee. Die Ursachen kennen Sie. Ich muss keine Nachhilfestunde geben, obwohl ich das eine oder andere Mal dieses Bedürfnis habe. Bologna bedeutet Vergleichbarkeit im europäischen Hochschulraum, mehr Mobilität und mehr Visionen. Das war richtig. Was aber hat man mit der größten Reform aller Zeiten gemacht? Die größte Reform aller Zeiten ist völlig ohne Geld weitergefahren worden. Damit war klar, die größte Reform aller Zeiten wird an die Wand gefahren. Das alles passiert auf dem Rücken der Studierenden und der armen Professoren und Professorinnen, die Größtes leisten, und des wissenschaftlichen und nicht wissenschaftlichen Mittelbaus.

Wir stellen Anträge, um die chronische Unterfinanzierung der Hochschulen zu heilen. Wir versuchen, Rezepte zu erstellen. Sie lehnen ab. Das Schlimmste, was uns widerfährt, ist, dass wir Anträge, Gesetzentwürfe, Änderungsanträge einreichen und feststellen müssen, dass von Ihnen gar nichts kommt. Herr Jörg, ich habe von Ihnen noch keinen konkreten Vorschlag gehört. Wo soll es denn hingehen? Bologna 2020? Bologna 2030? Wie stellen Sie sich die nächste Zukunft vor? Herr Heubisch, wo sind Ihre großen Taten? Ich sehe gar nichts. Ich sehe nur, dass alles mit fadenscheinigen Argumenten abgelehnt wird.

Lassen Sie mich noch ein Wort zur Verfassten Studierendenschaft sagen. Herr Jörg, ich bin von den Socken oder von was auch immer. Mir zieht es echt alles aus.

(Heiterkeit)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Frau Kollegin, das haben Sie wohl nicht ganz ernst gemeint.

Isabell Zacharias (SPD): Nein!

(Heiterkeit)

Das Vergnügen gebe ich euch hier nicht.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Dann bin ich schon beruhigt. Sie haben das Wort.

Isabell Zacharias (SPD): Sie unterstellen den Studierendenvertretern, zum Beispiel dem AStA, dass sie missbräuchlich mit Geld umgehen. Sie von der CSU, die uns ein Landesbankdebakel mit einem Milliardenvolumen hinlegen, wollen mir erzählen, dass junge Leute nicht mit Geld umgehen können. Sie können nicht mit Geld umgehen. Studierende können das.

(Beifall bei der SPD, den Freien Wählern und den GRÜNEN)

Herr Jörg, ich erwarte, dass Sie sich bei den Studierenden entschuldigen. Ihnen zu unterstellen, dass sie missbräuchlich handelten, ist niederträchtig. Ihr Demokratieverständnis entspricht überhaupt nicht dem meinen. Es ist unanständig, wenn Sie sich nicht dafür schämen, dass Sie so missgünstig mit unserer Zukunft, mit den Studierenden umgehen.

Der Gesetzentwurf ist richtig. Wir stimmen ihm zu, auch wenn wir bei der Ersten Lesung und im Hochschulausschuss darüber diskutiert haben, dass wir die Frage nach dem Master als Regelabschluss anders sehen. Wir sind der festen Überzeugung, dass Bildungsbiographien individuell sind. Der Master soll für alle, die ihn wollen, möglich sein. Darauf haben wir aber in der letzten Woche bei der Ministerbefragung gar keine Antwort bekommen, Herr Minister. Sie sagen zum Master für alle Ja. Wie wollen Sie denn das finanzieren? Im Paket "Doppelter Jahrgang 2011" sind dafür keine Mittel vorgesehen. Ich habe keine Antwort darauf bekommen. Ich habe Sie gefragt, wie es mit den Anträgen auf Festlegung eines Numerus Clausus steht, damit nicht alle den Master machen. Darauf habe ich keine Antwort bekommen. Nehmen Sie die Selektionsmaschine, der die jungen Menschen immer wieder ausgesetzt sind und die auch noch eine Hürde zum Master darstellt, heraus. Stellen Sie mir heute dar, wie das finanziert werden soll.

Der Gesetzentwurf ist richtig. Sie haben am Salvatorplatz ein gutes Ministerium. Ich erwarte, dass endlich einmal gesagt wird, wo es mit unserer Zukunft hingehet. Wenn wir nicht genügend Hochschulabsolventen haben, sieht es in Bayern dürrtig aus. Sie und ich wissen doch, dass wir hoch qualifizierte Frauen und Männer brauchen, um den Wirtschaftsstandort Bayern aufrechtzuerhalten. Bayern ist so ein schönes Land. Bayern ist so ein wunderbarer Wirtschaftsstandort. Wir müssen dafür aber alles tun und auch in die Bildung investieren. Das ist nur möglich, wenn Sie Vorschläge machen, Geld in die Hand nehmen und Demokratie an den Hochschulen zulassen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Als Nächster hat Herr Kollege Prof. Dr. Pia-zolo das Wort.

Prof. Dr. Michael Pia-zolo (FW): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich versuchen, zu dem, was wir heute Vormittag in diesem Ple-narsaal gehört haben, einen kleinen Bogen zu schlagen. Heute Vormittag war auf Ein-ladung der SPD und der GRÜNEN der Bundespräsidentenkandidat Professor Gauck hier. Herr Professor Gauck hat sich in seiner Rede mit drei Begriffen beschäftigt. Er hat sich mit Freiheit beschäftigt. Er hat sich aber auch ganz intensiv mit dem Begriff der Verantwortung beschäftigt und diesen Begriff in den Mittelpunkt seiner Vorstellun-gen von Politik gerückt. Und er hat einen Satz gesagt, der mir eben ins Gedächtnis gekommen ist. Er sagte: "Mit Angst lässt sich schlecht Politik machen."

(Beifall bei den Freien Wählern)

Meine Damen und Herren, Ihren Beiträgen entnehme ich, dass Herr Goppel und Herr Jörg Angst vor den Studenten haben. In jeder ihrer Äußerungen wird das deutlich. Sie haben Angst davor, dass Studenten ihre Rechte ergreifen, dass sie Rechte wahrneh-men und dass sie in den Universitäten und Hochschulen mitbestimmen. Ich möchte die Verfasste Studierendenschaft gar nicht so nennen, sondern sie als eine Studieren-denschaft bezeichnen, die Verantwortung übernimmt. Alle Ihre Argumente gegen die

Verfasste Studierendenschaft sind von Angst und schlechten Beispielen gekennzeichnet. Diese Angst hat sich durch alle unsere Diskussionen durchgezogen. Welche Beispiele wurden dafür gebracht? Welches Bild zeichnen Sie von jungen Menschen? Herr Jörg, Sie haben uns Beispiele dafür genannt, dass im Einzelfall einmal Geld zu Unrecht ausgegeben wurde. Wir können Ihnen aber Tausende von Beispielen dafür zeigen, auch ich aus der Praxis, dass der AStA und die Studenten das Geld vernünftig ausgeben. Deshalb erwarte ich auch hier, dass man nicht nur immer die eine Seite, sondern auch die andere zeigt. Wir müssen nach draußen deutlich machen, dass wir von den Studierenden viel erwarten, dass sie unsere Zukunft und unsere Hoffnung sind, und wir, das Parlament, müssen ihnen ein Zeichen geben, das kein Zeichen der Angst und des Misstrauens gegenüber Studenten ist.

(Beifall bei den Freien Wählern und Abgeordneten der SPD)

Ein paar Mal haben mich in den Ausschüssen auch die Äußerungen von Herrn Goppel gewundert. Sie sind in Ihrer Zeit als Minister doch sicher sehr häufig mit Studierenden zusammengekommen. Sie sind doch ständig im Gespräch und schreiben Briefe. Trotzdem hatten Sie immer Beispiele dafür, dass der AStA nicht funktioniert hat. Immer wieder brachten Sie das Beispiel der schlechten Wahlbeteiligung. Lassen Sie uns solche Beispiele doch nicht negativ sehen. Es gibt so viele Beispiele dafür, dass die Studenten positiv wirken.

Der Gesetzentwurf der GRÜNEN ist auch nicht in Stein gemeißelt. Im Ausschuss wurde deutlich, dass Veränderungen möglich sind. Die eine oder andere Anregung von uns ließ sich nicht verwirklichen. Für die Verfasste Studierendenschaft haben weder die GRÜNEN noch die SPD oder wir Freien Wähler feste Modelle vorgeschlagen und gesagt, das muss es sein. Vonseiten der Regierung und Herrn Staatsminister Heubisch höre ich aber immer nur, eine Verfasste Studierendenschaft dürfe es, egal wie sie aussieht, nicht geben. Sie haben davor Angst, und deswegen machen Sie nicht mit.

Ich kann mir hundert verschiedene Modelle für eine Verfasste Studierendenschaft vorstellen. Wenn Sie Angst vor einer niedrigen Wahlbeteiligung haben, koppeln Sie die Einrichtung der Verfassten Studierendenschaft an die Wahlbeteiligung, wie es zum Beispiel Thüringen macht. Dort haben Sie doch ein Beispiel. Machen Sie es doch so. Einen solchen Vorschlag habe ich aber nicht gehört.

Wenn Sie vor Zwang Angst haben, lassen Sie den Studierenden die Möglichkeit, aus der Verfassten Studierendenschaft wieder auszusteigen, wie es auch Sachsen-Anhalt macht. Dort funktioniert es. Aber auch dazu habe ich von der Regierungsfraktion nichts gehört. Ich habe nicht gehört, ob so etwas einmal überlegt wurde. Begrüßenswerterweise wurde im Ministerium eine Arbeitsgruppe eingerichtet. Von der haben wir bei der letzten Ministerbefragung aber auch nur gehört, dass wir über alles sprechen könnten, nur nicht über Formen der Verfassten Studierendenschaft. Die Studierenden sind deswegen frustriert.

Deshalb fordere ich Sie auf, dass Sie in sich gehen und noch einmal Überlegungen anstellen. Entwickeln Sie Optionsmodelle. Machen Sie Modellversuche. Es lässt sich über alles nachdenken. Suchen Sie sich eine kleine Hochschule aus und probieren Sie an dieser kleinen Hochschule ein Modell aus. Dann möchte ich sehen, ob es von den Studierenden nicht positiv angenommen wird.

(Beifall bei Abgeordneten der Freien Wähler)

Ich höre immer die Horrorzahlen von schlechten Wahlbeteiligungen. Wir haben in Bayern doch gar keinen AStA. Also haben wir auch keine Erfahrungen. Seit wann vergleicht sich Bayern mit anderen Ländern und schaut dort auf schlechte Entwicklungen? Seien Sie doch einmal selbstbewusst. Machen Sie ein eigenes Programm für Bayern.

In dem Zusammenhang noch eine kleine Erinnerung an die Arbeitsgruppe: Herr Minister Heubisch, Sie haben uns bei der Ministerbefragung die Inhalte der Leitlinien versprochen. Sie haben auch bei der vorletzten Ministerbefragung etwas versprochen.

Bis jetzt habe ich noch nichts bekommen. Die anderen haben auch noch nichts. Vielleicht schicken Sie es uns zu. Wagen Sie einfach mehr Demokratie. Hier zitiere ich einen berühmten SPD-Politiker. Machen Sie selbst Vorschläge zum Bologna-Prozess.

Noch ein paar Bemerkungen, warum wir uns bei der Abstimmung enthalten werden. Ich habe es bereits im Ausschuss dargelegt und auch Frau Kollegin Gote mitgeteilt: Es liegt an dem veränderten Artikel 56, mit dem Sie den Master als Regelabschluss einführen wollen. Es wurde zwar noch einmal deutlich gemacht, was damit gemeint ist. Trotzdem denke ich, es ist missverständlich.

Artikel 57 soll gestrichen werden. Das betrifft die Steuerungsmöglichkeiten. Auch das sehe ich etwas kritisch. Ähnliches gilt für Artikel 25. In ihm geht es darum, wie viele Vertreter wir in den Senat schicken. Wir, die Freien Wähler, haben hierzu eine eigene Idee entwickelt, die nicht ganz so weit wie der hier vorliegende Gesetzentwurf der GRÜNEN geht, das gebe ich zu. Wir wollen nicht drei statt einem Vertreter, wir wollen vielmehr in die Mitte gehen. Das sind ein paar der Gründe, weshalb wir uns der Stimme enthalten werden. Auch im Hinblick auf die Verfasste Studierendenschaft haben wir eine andere Auffassung. Deshalb werden wir uns enthalten.

Zum Abschluss aber noch einmal das Plädoyer an die Hochschulpolitiker der Regierungsfractionen: Machen Sie bald Vorschläge, geben Sie keine Denkverbote aus, denken Sie darüber nach. Man kann über Namen, über Strukturen und über Modelle reden. Senden Sie an die Studierenden aber nicht das Zeichen, man könnte mit ihnen über solche Fragen nur begrenzt sprechen und man würde spezielle Modelle von Anfang an ausschließen. Ich glaube, dann gewinnen Sie Vertrauen zurück und engagierte junge Menschen an den Hochschulen. Dann bekommen Sie vielleicht auch wieder einmal Rückenwind von den Studenten. Dazu wird es Zeit. Die Studierenden stehen immer wieder auf der Straße. Wir sollten möglichst bald Antworten geben. Das ist für uns alle sehr wichtig.

(Beifall bei den Freien Wählern und Abgeordneten der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Als nächste Rednerin hat Frau Kollegin Dr. Bulfon das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Dr. Annette Bulfon (FDP): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren auf der Besuchertribüne, werte Kolleginnen und Kollegen! Herr Piazzolo, ich möchte auf einige Ihrer Fragen eingehen und natürlich auch auf die von Frau Kollegin Gote. Frau Gote, zunächst einmal möchte ich sagen, wir haben die Studienbeiträge nicht eingeführt. Das war damals die CSU-Aleinregierung.

(Prof. Dr. Michael Piazzolo (FW): Sie hätten sie abschaffen können!)

- Wir stehen weiterhin zu den Studiengebühren.

(Zurufe von der SPD: Aha!)

So viel möchte ich hierzu sagen. Es ist eine Arbeitsgruppe eingerichtet worden, die ich nicht kleinreden möchte. Die Ergebnisse sind erst einmal abzuwarten. Es geht dabei um mehr Mitbestimmung für die Studierenden. Ich denke also, wir sind auf einem richtigen Weg.

(Prof. Dr. Michael Piazzolo (FW): Auf welchem denn?)

- Warten Sie ab, Herr Piazzolo. Was die Globalhaushalte angeht, so finden Sie, Frau Gote, in mir eine Verfechterin Ihrer Vorstellungen. Dieser Forderung kann ich zustimmen.

Ich denke, bei einer Hochschulrechtsnovelle werden wir den Hochschulen mehr Autonomie gewähren. Bislang liegen uns noch keine genauen Zahlen über die Masterstudienabschlüsse vor und darüber, wie viele diese Studiengänge eigentlich nachfragen. Ich bitte deshalb um etwas Geduld.

Frau Zacharias, Sie erwarten große Taten und wollen wissen, wohin die Reise geht. Wir müssen kleine Schritte machen, auch im Gespräch mit den Studierenden, um

Dinge, die beim Bologna-Prozess vielleicht schiefgelaufen sind, auszuräumen. So können wir auch hier auf den richtigen Weg kommen. Solche Dinge müssen langfristig angedacht werden. Wir sollten hier nichts überstürzen. Ich denke, der Minister befindet sich im Gespräch mit den Studierenden, und ich denke, es ist am wichtigsten, dass sie immer im Austausch miteinander sind.

(Beifall bei der FDP und der CSU - Prof. Dr. Michael Piazolo (FW): Handeln ist wichtig, nicht nur reden!)

- Zu Ihnen, Herr Piazolo. In der Ministerbefragung ist der Minister sehr deutlich geworden bei der Frage, was in den Leitlinien steht. Er hat daraus zitiert. Ich denke, Ihr Informationsbedarf ist gedeckt worden. Wir bringen auch noch andere Dinge, aber das kann man nachlesen, auch im Protokoll.

(Lachen der Abgeordneten Ulrike Gote (GRÜNE) - Unruhe bei der SPD)

Insofern hätten Sie Gelegenheit gehabt, sich zu informieren.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Ich glaube außerdem nicht, dass Herr Jörg ein schlechtes Menschenbild hat. Im Gegenteil. Er will aufzeigen, was bei der Verfassten Studierendenschaft schiefgelaufen ist, und ich denke, das hat er sehr deutlich gemacht und klargelegt.

(Beifall bei der FDP und der CSU - Zuruf der Abgeordneten Isabell Zacharias (SPD))

Man muss auch auf die Nachteile solcher Dinge hinweisen. Das darf man und das ist in einer Demokratie auch legitim. In Sachen Demokratie möchte ich nicht von Ihnen belehrt werden.

Nun komme ich zu meiner ursprünglichen Rede, die ich hier halten wollte, zu der ich aber leider noch nicht gekommen bin. Ich wollte eigentlich über Bologna reden: Bologna, die Hauptstadt der Tortellini, am Rande des Apennin gelegen, hat eine der ältes-

ten Universitäten Europas. Mittlerweile ist Bologna ein Synonym für die Bologna-Reform. 1999 wurde dieser Prozess gestartet. Mittlerweile sind in Bayern 91 % der grundständigen Studien umgestellt worden. 46 Staaten haben am Bologna-Prozess teilgenommen. Ich möchte deshalb nicht, dass wir aus dem Bologna-Prozess aussteigen. Das will der Gesetzentwurf der GRÜNEN jedoch zum Teil, weil er den Master-Abschluss zum Regelstudienabschluss machen will. Wir wollen das nicht. Damit würde nämlich die Studienzeit verlängert. Außerdem hätten wir dann das Problem, dass, wie mir von einem Manager berichtet wurde, beispielsweise in Frankreich der Chef jünger als der Hochschulabsolvent aus Deutschland ist. Das wollen wir in Zukunft so aber nicht haben.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU - Unruhe bei der SPD und den Freien Wählern)

Wir wollen international wettbewerbsfähig sein. Wir lehnen eine Verlängerung der Gesamtregelstudienzeit ab. Das ist auch finanziell nicht leistbar. Ich frage mich auch, wo hier Ihre Vorschläge sind. Wie soll das Ganze finanziert werden, wenn wir die Regelstudienzeit verlängern wollen? Außerdem ist das nicht konkurrenzfähig. Bei der Diskussion über die gemeinsamen Strukturvorgaben der Länder saßen Sie mit am Tisch. Sie haben das alles mitbekommen, haben wohl auch zugestimmt. Wir verstehen deshalb den Aufruhr von Ihrer Seite nicht.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Zum anderen geht es um das Gleichwertigkeitserfordernis bei den erbrachten Prüfungsleistungen. Wir fordern eine Umkehr der Beweislast. Auch wir wollen, dass nicht der Student beweisen muss, dass er für ein Studium geeignet ist, sondern wir wünschen, dass der Professor darüber Auskunft gibt, warum er einen Studenten zu einem Studiengang nicht zulässt. Wir fordern also eine Beweislastumkehr. Wir wollen Ihre Form der voraussetzungslosen Anerkennung, die Sie in Ihrem Gesetzentwurf anstre-

ben, nicht. Wir glauben, das ist eine wichtige Maßnahme zur Qualitätssicherung der bayerischen Studiengänge.

Um noch einmal auf die Verfasste Studierendenschaft zurückzukommen: Es gibt auch in Bayern Möglichkeiten der studentischen Teilhabe, beispielsweise im Senat, im Hochschulrat - -

(Zuruf der Abgeordneten Isabell Zacharias (SPD))

- Ja, aber auch das muss gesagt werden, weil Sie den Eindruck vermitteln, wir hätten keine studentische Mitbestimmung. Es gibt sie aber; auch in Bayern ist sie vorhanden.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Es gibt den Fakultätsrat, den Berufungsausschuss und auf studentischer Ebene den Studentischen Konvent, den Fachschaftsrat und den Sprecherinnen- und Sprecherrat. Es besteht auch die Pflicht zur Evaluation der Lehrer. Dabei zeigt sich, dass der Studierende als Partner der Universität gesehen wird, er kann Kritik üben und seine Universität verbessern. All das ist wichtig für das Selbstbild der Studierenden der Zukunft. Die Studierenden können auch über die Höhe und die Verwendung der Studienbeiträge mitbestimmen. Zu nennen ist auch die Erhöhung der Zahl der Vertreter der Studenten im Senat. Derzeit befindet sich ein Vertreter der Studierenden im Senat. Ihr Gesetzentwurf sieht vor, die Zahl auf drei anzuheben. Herr Kollege Jörg hat es schon ausgeführt, wir haben in dieser Frage verfassungsrechtliche Bedenken, denn es geht um die Wissenschaftsfreiheit. Auch deshalb lehnen wir den Gesetzentwurf ab.

Ich möchte die fünf Gründe, weshalb wir den Gesetzentwurf ablehnen, noch einmal zusammenfassen:

Erstens, die Verfasste Studierendenschaft. Vielleicht sind es keine Zwangsbeiträge, sondern Pflichtbeiträge, trotzdem werden hier Gelder für die Studierenden fällig.

Zum Zweiten soll der studentische Anteil am Senat von einem auf drei Mitglieder aufgestockt werden. Das ist verfassungswidrig.

Drittens. Der Master als Regelstudienabschluss konterkariert den Bologna-Prozess.

Viertens. Eine Verlängerung der Regelstudienzeit würde unsere Wettbewerbsfähigkeit nicht mehr sicherstellen.

Fünftens. Wenn wir das Gleichwertigkeitserfordernis aufheben, käme es zu starken Qualitätseinbußen. Solche wollen wir in Bayern vermeiden.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Frau Kollegin, bleiben Sie doch bitte noch am Rednerpult. Herr Kollege Professor Piazzolo hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Er hat das Wort.

Prof. Dr. Michael Piazzolo (FW): Frau Bulfon, mich hat natürlich interessiert, warum Sie den Entwurf ablehnen werden. Aber noch viel mehr interessiert mich, was Sie dagegenzusetzen. Was wollen Sie machen? Es reicht nicht aus, zu sagen, was andere nach Ihrer Einschätzung falsch machen. Ich ermuntere Sie also, etwas dazu zu sagen, welches die Vorstellungen der FDP sind. Was soll sich beim Bologna-Prozess tun?

Sagen Sie bitte auch etwas dazu, wie Sie über eine größere Mitwirkung der Studierenden denken. Die Mitwirkung gibt es zwar schon, aber sie ist nirgendwo so schwach wie in Bayern.

Ich habe noch etwas Zweites zu sagen. Wenn ich bei der letzten Ministerbefragung den Minister richtig verstanden habe, soll die Beweislastumkehr, die Sie planen, für die Anerkennung von Studienleistungen gelten, die im Ausland erbracht worden sind. Bei Ihnen klang es so, als ob das für den Beginn des Studiums gelten soll. Dann soll es also darum gehen, ob jemand zum Studium zugelassen wird oder nicht. Ist es wirklich so, dass in Zukunft die Professoren jedem Betroffenen sagen müssen, warum er

nicht zum Studium zugelassen wird - das ist die Beweislastumkehr -, und der Studierende nicht nachweisen muss, dass er studierfähig ist?

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Frau Kollegin Bulfon, Sie haben das Wort.

Dr. Annette Bulfon (FDP): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Herr Piazolo, das bezieht sich in der Tat nur auf die Vergleichbarkeit zwischen ausländischen Studiengängen und der Zulassung zu inländischen Studiengängen. Ich möchte mich entschuldigen, wenn da ein Missverständnis entstanden sein sollte.

Was die Arbeit der genannten Gruppe betrifft, so möchte ich deren Ergebnissen nicht vorgreifen. Wir sollten sie abwarten. Da geht es um mehr studentische Mitbestimmung. Diese wollen wir in der vorgesehenen Form gewährleisten.

Sie haben die Studentenproteste zum Bologna-Prozess erwähnt. Wir nehmen diese Proteste sehr ernst. In vieler Hinsicht stehen wir sogar hinter den Studierenden. Das gilt zum Beispiel bezüglich der Prüfungsdichte oder in der Hinsicht, dass wir einen achtsemestrigen Diplomstudiengang nicht im Verhältnis 1 : 1 in einen sechssemestrigen Bachelorstudiengang umwandeln. Wir wollen auf keinen Fall, dass so etwas passiert.

Wir wollen hin zu weniger Faktenwissen und weg vom Bulimielernen, gegen das sich die Studierenden sehr häufig wenden. Wir wollen hin zum Erwerb von Kompetenzen und zur Outcome-Orientierung. Es ist also nicht wichtig, was der Lehrende sagt, sondern das, was beim Studierenden ankommt.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Als Nächster hat Herr Staatsminister Dr. Heubisch das Wort.

Staatsminister Dr. Wolfgang Heubisch (Wissenschaftsministerium): Sehr verehrtes Präsidium, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich abschließend ein

paar Bemerkungen machen. Wir haben über diese Thematik in der letzten Woche ungefähr eineinviertel Stunden gesprochen. Auch heute haben wir sehr intensiv darüber beraten. Das wird der Sache in der Tat gerecht.

Herr Piazolo, ich möchte mich an einer Stelle etwas entschuldigen und an einer anderen Stelle etwas klarlegen.

Ich habe gesagt, dass die Leitlinien selbstverständlich in einer Website des Internets eingestellt sind. Meines Wissens habe ich aber auch zugesagt, dass ich die Leitlinien dem Ausschuss zukommen lasse. Frau Zacharias hat sie schon in Papierform. - Wie ich höre, hat auch Frau Gote die Leitlinien in Papierform. - Herr Piazolo, ich lasse sie selbstverständlich auch Ihnen zukommen.

Der Hauptpunkt des Gesetzentwurfs zielt vor allem auf die Einführung der Verfassten Studierendenschaft auch in Bayern. Herr Jörg und Frau Bulfon haben aus meiner Sicht überzeugend dargelegt, warum wir das nicht brauchen. Sie haben sich dabei auf das Ziel bezogen, Zwangsmitgliedschaften einzuführen. Ich habe in den vergangenen Wochen immer wieder deutlich gemacht, dass ich die Zwangselemente ablehne. Sie entsprechen nicht meiner Einstellung zur Demokratie.

Entscheidend ist für mich, von der anderen Seite her zu argumentieren: Lasst doch den einzelnen Studierenden entscheiden, ob er sich einer Hochschulgruppierung anschließen will, und sagt ihm nicht, dass er sich einer Teilkörperschaft anschließen müsse. Das ist für mich Demokratie. Hier sehe ich den wahren Sinn.

Ich arbeite viel lieber daran, dass die anderen Bundesländer von dem Zwangsinstrument ablassen. Denn wir haben gesehen: Es bringt nichts; es bringt keine Substanz. Wir haben uns klar für den dargelegten Weg entschieden. Ich glaube, damit verwirklichen wir mehr Freiheit.

Im Zusammenhang mit der Hochschulpolitik wird - das ist schon angesprochen worden - die gewöhnlich niedrige Wahlbeteiligung kritisiert. Vor allem wenn die Wahlbetei-

ligung unter zehn Prozent liegt, bekomme ich ein Legitimationsproblem. Die Verfasserten Studierendenschaften können ja Beiträge erheben. Sie haben Satzungshoheit. Aber bei einer sehr niedrigen Wahlbeteiligung scheint mir die Legitimation der Gremien und ihres Handelns äußerst zweifelhaft. Das muss einmal ausgesprochen werden.

Hier handelt es sich um Teilkörperschaften, nicht um freiwillige Vereinigungen. Daher erscheint es mir in der Tat höchst fraglich, ob man eine sehr niedrige Wahlbeteiligung verfassungsrechtlich überhaupt akzeptieren könnte. Ich habe jedenfalls große Zweifel.

Nach meiner Meinung hat Bayern absolut zu Recht auf die Verfasste Studierendenschaft verzichtet. Ehrlich gesagt: Wer bei den Demonstrationen in diesem Jahr einmal ein bisschen hingesehen hat, muss doch zugeben: Da ging es nicht um das entscheidende Thema. Wir haben doch ganz andere Themen. Es stand mehr der Bologna-Prozess im Vordergrund. Wir sollten uns an diesem Punkt nicht festbeißen. Wir sollten über andere Formen der Mitwirkung und ihre Stärkung nachdenken.

Frau Bulfon hat es deutlich gemacht: Wir haben schon die Fachschaften. Sie sind gewählt. Es gibt auch den Konvent, der aus den Fachschaften hervorgeht. Außerdem haben wir den Sprecherrat. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das sind demokratische Instrumente, die in vollem Maße die Mitwirkung der Studierenden erlauben. Genau da müssen wir ansetzen. Dort, wo es Sinn macht, müssen wir intensiver weitermachen. Was Sinn macht, werde ich unterstützen.

Ich bin auch neugierig auf den Abschlussbericht. Auf seiner Grundlage werde ich den Weg weitergehen. Ich werde die Themen weiterhin konsequent abhandeln.

Der vorliegende Gesetzentwurf schlägt eine Erhöhung des Anteils der Studierenden im Senat vor. Es wurde ausgeführt, dass das aus verfassungsrechtlichen Gründen nicht so einfach verwirklicht werden kann. Zumindest würde dadurch eine Bürokratie aufgebaut. Das wollen wir nicht. Die Professorinnen und Professoren müssen im Hochschulsenat weiterhin die Mehrheit haben.

Ich gehe kurz auf die Vorschläge zum Thema Bologna-Prozess ein. Sehr verehrte Damen und Herren von der Opposition, Sie haben mir den Vorwurf gemacht: Jetzt überlässt er alles den Hochschulen.

(Isabell Zacharias (SPD) meldet sich zu einer Zwischenfrage)

- Frau Zacharias, vielleicht können wir uns am Schluss verständigen. Ich habe nur eine begrenzte Redezeit. Ich bitte Sie herzlich, am Schluss darauf zurückzukommen.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Frau Kollegin Zacharias, der Herr Staatsminister hat erklärt, dass er jetzt keine Zwischenfrage zulässt.

Staatsminister Dr. Wolfgang Heubisch (Wissenschaftsministerium): Wir haben an unseren Hochschulen zwischen 2.000 und 46.000 Studierende. Glauben Sie denn im Ernst, dass wir es mit einer strengen staatlich vorgegebenen Regelung schaffen, die höchst unterschiedlichen Organisationsformen der Hochschulen in ein Schema zu pressen? Die Freiheit liegt bei den Hochschulen. Ihnen diese Freiheit zu belassen, ist genau der Sinn der Leitlinien.

Und wer wurde denn überhaupt eingeladen? Es war immerhin der Vorsitzende der Landes-ASten-Konferenz. Er hat mit unterschrieben. Ich weiß keinen Studentenführer in Bayern, der kompetenter gewesen wäre, diese Leitlinien mit mir auszuhandeln. Sehr verehrte Damen und Herren, bitte beschäftigen Sie sich mit den Leitlinien, wirken Sie auf Ihre Hochschulen ein und setzen Sie sie um.

(Beifall bei der FDP und der CSU - Isabell Zacharias (SPD): Haben wir!)

Was in einer Hochschule mit gut 2.000 Studierenden in Ansbach gilt, muss noch lange nicht für Nürnberg mit 26.000 gelten. Lassen Sie doch die Individualität vorherrschend sein. Ich meine, das ist der Weg, der Freiheit, Verantwortung und internationalen Anspruch darstellt.

Sie fordern den Master-Abschluss als Regelabschluss, zweitens die Ausweitung der gesamten Regelstudienzeit und schließlich, drittens die Beseitigung der Gleichwertigkeitserfordernisse bei der Anrechnung von Studien- und Prüfungsleistungen. Alle drei Forderungen würden, wenn wir sie denn umsetzen wollten, Bayern im internationalen Wettbewerb benachteiligen. Wir werden sie deshalb ablehnen.

Ich messe mich in Bayern nicht mit anderen Bundesländern. Das kann nicht unser Anspruch sein. Wir wollen an Europa und international gemessen werden. So will ich die Hochschulen ausrichten. Das ist das Ziel. Dann muss ich auch entsprechend handeln, nach den internationalen Regeln. An individuellen Maßnahmen in Bayern werden wir festhalten, und wir werden selbstverständlich auch die Orchideenfächer aufrechterhalten.

Sehr geehrte Damen und Herren, Sie verkennen aus meiner Sicht,

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

dass der Bachelor ein akademischer Abschluss ist. Wir bleiben dabei: Die Hochschule hat das Recht, zwischen sechs und zehn Semestern zu gestalten. Und dieses Recht wurde viel zu wenig ausgeübt. Das gebe ich gerne zu. Das wird sich aber ändern. Das ist bereits zum Teil in den Studiengängen geändert worden. Ich meine, dass wir dadurch auch die Fähigkeit und die Begabung der Studierenden angemessen fördern.

Was die Master-Studiengänge betrifft, so ist Bayern beim Punkt Umstellung in der Tat mit an letzter Stelle. Ich muss sagen: Gott sei Dank. Jetzt können wir nämlich einen Blick auf die anderen Bundesländer werfen. Praktisch in allen anderen Bundesländern ist es ein Problem, den Übergang vom Bachelor zum Master zu bagatellisieren, was den Andrang betrifft. Es gibt einige ausgewählte Studiengänge, da werden wir hinschauen müssen. Das werden wir lernen. Ich sage Ihnen, in Bayern gibt es das Problem nicht.

(Isabell Zacharias (SPD): Warum gibt es dann Anträge?)

Ich will, dass sie nach dem Bachelor-Abschluss rausgehen, arbeiten, sich in der Welt umsehen und dann zurückkehren. - Ich sehe, wir gehen schon wieder konform, Frau Zacharias.

(Isabell Zacharias (SPD): Ein bisschen!)

Frau Gote lächelt mich auch an, wiegt ihr Haupt etwas. Aber grundsätzlich sehe ich wenig Dissens.

Meine Fraktion ist bei dem Punkt, natürlich wie auch in allen anderen Punkten, sowie so bei mir.

Sehr verehrte Damen und Herren, zehn Semester sind die Grenze nach oben. Wir wollen internationale Herausforderungen, internationale Standards und deshalb werden wir bei diesem Verfahren bleiben. Was die Vorschläge betrifft, so wird demnächst von mir eine Hochschulnovelle eingebracht. Die wird im Ausschuss intensiv beraten und dann selbstverständlich in diesem Hohen Hause abschließend behandelt. Ich bin überzeugt, dass wir Entscheidungen finden, die dem Studienstandort Bayern, der mit an der Spitze in dieser Republik und in Europa steht, gerecht werden.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Staatsminister, danke schön. Ich habe jetzt noch zwei Meldungen zu Zwischenbemerkungen, eine von der Kollegin Zacharias und die andere vom Kollegen Dr. Fahn. - Jetzt sind Sie dran, Frau Zacharias. Bitte schön.

Isabell Zacharias (SPD): Herr Minister Heubisch, Sie haben gerade das Wort "Zwangsmitgliedschaft" ganz schön strapaziert. Darf ich davon ausgehen, dass die FDP in naher Zukunft ein anderes Modell für die IHK vorstellt?

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

Staatsminister Dr. Wolfgang Heubisch (Wissenschaftsministerium): Sehr geehrte Frau Zacharias, da halte ich es lieber mit dem Gewerkschaftsmodell: Derjenige, der in einen Betrieb eintritt, muss noch lange nicht Mitglied bei der Gewerkschaft sein. - Das ist in diesem Fall absolut mein Vorbild.

(Beifall bei der FDP und der CSU - Isabell Zacharias (SPD): Das ist keine Antwort!)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin. - Als Nächster hat das Wort der Kollege Dr. Fahn. Bitte schön.

Dr. Hans Jürgen Fahn (FW): Herr Minister Heubisch, Sie haben gesagt, das Thema Verfasste Studierendenschaft sei kein Thema bei den Studenten. Können Sie sich zum Beispiel daran erinnern: Vor einem Jahr haben Sie im Plenum, als es um das Thema Studiengebühren ging, ein paar Mal gesagt, Sie würden immer mit Studenten diskutieren; dabei seien Studiengebühren kein Thema für die Studenten. Daraufhin haben wir Studenten befragt. Dabei kam heraus, dass es sich nach wie vor sehr wohl um ein Thema für die Studenten handelt. Das ist der erste Punkt.

Der zweite Punkt. Sie haben von den Leitlinien gesprochen. Ich kenne die Leitlinien nicht. Dann haben Sie gesagt, dass jemand unterschrieben habe. Hat jemand unterschrieben, dass er gegen die Verfasste Studierendenschaft ist? - Das würde mich interessieren. Das glaube ich nämlich nicht. Deswegen sagen Sie mir mal: Kennen Sie Studenten in Bayern, die wie Sie gegen die Verfasste Studierendenschaft sind?

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege Dr. Fahn. - Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

Staatsminister Dr. Wolfgang Heubisch (Wissenschaftsministerium): Herr Dr. Fahn, zu den Studienbeiträgen. In dieser Diskussion in diesem Hohen Hause ist bisher, bis zu Ihrer Wortmeldung, kein einziges Mal das Wort "Studienbeiträge" gefallen. Nur so

viel zum Thema. Ich will mich hierzu nicht weiter äußern. Dies nur, damit Sie wissen, wie dieses Thema angesiedelt ist.

Und was die Leitlinien betrifft, Herr Kollege Dr. Fahn, so ist das - das habe ich auch zum Kollegen Piazzolo gesagt, das ist auch auf meiner Website zu finden - ein Versäumnis meines Hauses, dass wir das nicht in Papierform übermittelt haben. Wir werden das dem Ausschuss zur Verfügung stellen und lassen die beiden Damen Zacharias und Gote außen vor; denn die haben es ja schon.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Staatsminister. Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. - Die Aussprache ist damit geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Abstimmung liegt der Initiativgesetzentwurf auf Drucksache 16/4013 zugrunde. Der federführende Ausschuss für Hochschule, Forschung und Kultur empfiehlt auf Drucksache 16/5175 die Ablehnung des Gesetzentwurfs. Wer hingegen dem Gesetzentwurf zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen! - Das sind die Fraktionen der CSU und der FDP. Stimmenthaltungen? - Das ist die Fraktion der Freien Wähler. Damit ist der Gesetzentwurf abgelehnt.